

**Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin**  
Ausschuss für Gesundheit

**Einladung**

zur

13. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit

---

**Sitzungstermin: Mittwoch, 20.09.2023, 17:30 Uhr**

**Raum, Ort: Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

---

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Annahme von Protokollen**
- 4 Drucksachen**
- 4.1 "Herzlich Willkommen - kaputte Zähne" 0567/6**  
CDU-Fraktion
- 4.2 Denn sie wissen nicht, was sie tun - Psychiatrische Pflichtversorgung 0568/6**  
CDU-Fraktion
- 4.3 Schwarzlicht gegen Drogenmissbrauch 0532/6**  
AfD-Fraktion
- 5 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung**
- 6 Verschiedenes**

*Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.*

Christine Schmidt-Statzkowski  
Ausschussvorsitzende

**Drucksachen**  
der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Dringlichkeitsantrag  
CDU-Fraktion  
Hertel/Schmidt-Statzkowski

**Dringlichkeitsantrag****DS-Nr: 0567/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
29.06.2023	BVV	BVV-021/6 überwiesen
20.09.2023	Ges HH	Ges-013/6

**"Herzlich Willkommen - kaputte Zähne"**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemäß der gesetzlichen Grundlage für die zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen an Schulen § 52 Schulgesundheitspflege GDG, trotz der bestehenden Haushaltssperre, die freien Stellen für die Zahnmedizin in dem Gesundheitsamt auszuschreiben, da die Aufgaben des Zahnärztlichen Dienstes ab dem 01.09.2023 in Charlottenburg- Wilmersdorf nicht mehr gewährleistet ist.

Der BVV ist bis zum 31.08.2023 zu berichten.

**Begründung:**

Das grundlegende Ziel ist die Förderung der Kindergesundheit. Entsprechend des §52 GDG sollen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gesunde Zähne in einem gesunden Mund und gleiche Zugangschancen zu präventiven und kurativen Angeboten haben. Dazu führen die Zahnärztlichen Dienste des Gesundheitsamtes Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen durch. Diese Maßnahmen werden insbesondere durch standardisierte zahnärztliche Untersuchungen zur Früherkennung und Beobachtung der gesundheitlichen Verhältnisse im Zahn-, Mund- und Kieferbereich der Kinder und Jugendlichen. Diese Zielsetzung kann nicht mehr erreicht werden, weil sich keine Zahnärzte mehr in der Beschäftigung in dem Gesundheitsamt Charlottenburg-Wilmersdorf befinden.

**Drucksachen**  
 der Bezirksverordnetenversammlung  
 Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
 6. Wahlperiode

**Ursprung:** Dringlichkeitsantrag  
 CDU-Fraktion  
 Hertel/Schmidt-Statzkowski

**Dringlichkeitsantrag****DS-Nr: 0568/6**

## Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
29.06.2023	BVV	BVV-021/6 überwiesen
20.09.2023	Ges	Ges-013/6
	HH	

**Denn sie wissen nicht, was sie tun - Psychiatrische Pflichtversorgung**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die gesetzliche Vorschrift des § 3 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG), trotz der bestehenden Haushaltssperre einzuhalten und die Ausschreibung einer Stelle als psychiatrischer Koordinator/ Koordinatorin zu bewilligen.

Der BVV ist bis zum 31.08.2023 zu berichten.

## Begründung:

Gemäß § 3 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG) ist es erforderlich, um die Versorgung psychisch kranker Menschen sicherzustellen, ein aufeinander abgestimmtes und verbindliches Versorgungssystem vorzuhalten. Die daran beteiligten Leistungsträger sind zur Versorgung psychisch erkrankter Menschen verpflichtet. Im Land Berlin wurde zur Durchsetzung einer solchen Pflichtversorgung das Psychiatrieentwicklungsprogramm geschaffen. Darin wird für jeden Bezirk im komplementären Bereich ein einheitliches Versorgungssystem festgelegt. In ihm werden die Art der Versorgungsangebote und die entsprechenden Kapazitäten festgelegt. Ziel ist die Gewährleistung einer gemeindeintegrierten Versorgung. Da diese Position derzeit unbesetzt ist, ist somit die weitere gemeindeintegrierte Versorgung in dem Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf nicht mehr gewährleistet

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
AfD-Fraktion  
Kohler/Kadow/Dr. Seyfert

**Antrag****DS-Nr: 0532/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
29.06.2023	BVV	BVV-021/6 überwiesen
20.09.2023	Ges	Ges-013/6

**Schwarzlicht gegen Drogenmissbrauch**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, auf den öffentlichen Toiletten im Bezirk Lichtquellen für blaues Licht zu installieren bzw. durch den Senat installieren zu lassen, um so dem Missbrauch harter Drogen entgegenzuwirken.

**Begründung:**

Viele harte Drogen wie Heroin werden von Süchtigen bevorzugt mit einer Spritze in die Venen injiziert. Dazu sind gute Lichtverhältnisse notwendig. Bei einer Beleuchtung mit sogenanntem Schwarzlicht ist es hingegen nicht oder kaum möglich, die Venen zu erkennen und folglich zu „treffen“. Deshalb ist dies gegen die Okkupation öffentlicher Toiletten durch Junkies ein beliebtes Mittel, das sich an anderen drogengeplagten Orten als recht erfolgreich erwiesen hat. Zwar gibt es im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf derzeit keine „Fixerstuben“. Jedoch können Drogensüchtige auf andere Bezirke ausweichen, in denen Fixpunkt e.V. feste oder mobile Stationen betreibt.

Zudem ist festzustellen, dass das Interesse der Allgemeinheit an sauberen und sicheren Toiletten gegenüber dem Interesse der Junkies an einem ruhigen Konsumort überwiegt. Es ist ein Fehlglaube, anzunehmen, beide wären gleichberechtigt und müssten daher in irgendeiner Weise „ausgeglichen“ werden. Die Sicherheit der Bürger hat eindeutig Vorrang. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu!